

Beschlussbuch

<u>Anrechnung privater Altersvorsorge auf Grundsicherung im Alter abschaffen!</u>	Seite 02
<u>Sozialbehörden müssen wieder in gesetzliche Rente einzahlen!</u>	Seite 03
<u>Mehr Transparenz im Gesundheitswesen</u>	Seite 04
<u>S-Bahn auf den Nordring bringen!</u>	Seite 05
<u>Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität</u>	Seite 06
<u>Städtischer Fonds z. Bezahlung ärztlicher Behandlung v. ausl. Wohnungslosen</u>	Seite 08
<u>Digitaler und individuell zugeschnittener SPD-Kalender</u>	Seite 09
<u>Mehr Frühschwimmen in München</u>	Seite 10
<u>Historische Kommission wieder einsetzen!</u>	Seite 11
<u>Parteirat</u>	Seite 12
<u>Arbeit der AKs und AGs</u>	Seite 13
<u>Einrichtung eines digitalen Antragstools</u>	Seite 14
<u>Protokoll der Ortsvereinssitzungen</u>	Seite 15
<u>Vergütung Personal Ganztagsbetreuung</u>	Seite 16
<u>Obstbäume in öffentlichen Parks</u>	Seite 17
<u>Projekt Essbare Stadt</u>	Seite 18
<u>Warnung vor Nanopartikeln / Einführung einer gesetzl. Kennzeichnungspflicht</u>	Seite 19
<u>Verbot von Nanopartikeln und Mikroplastik in Kosmetik</u>	Seite 20
<u>Bepflanzung von öffentlichen Grünflächen und Gebäuden</u>	Seite 21
<u>Erhalt der kulturellen Diversität</u>	Seite 22
<u>Münchner Modellprojekt zu Medizinalhanf</u>	Seite 23
<u>Zügiger Ausstieg aus der Kohle</u>	Seite 24
<u>Busspuren zügig umsetzen</u>	Seite 25
<u>Neues Grundsatzprogramm der SPD</u>	Seite 26
<u>Stopp von Rüstungslieferungen nach Saudi-Arabien</u>	Seite 27
<u>Wahl der/des Bundesvorsitzenden durch Urwahl</u>	Seite 28
<u>Gemeinwohl vor Profitstreben –Umgang mit Grund und Boden</u>	Seite 29
<u>Ausstattung Kraftfahrzeuge</u>	Seite 32

1 AdressatInnen: SPD-Bundestagsfraktion

2

3 **Anrechnung privater Altersvorsorge auf Grundsicherung im** 4 **Alter abschaffen!**

5

6 Wir fordern, dass Einkommen aus privater Altersvorsorge nach dem Altersvermögensgesetz
7 anrechnungsfrei bei der Ermittlung der Grundsicherung im Alter gestellt wird.

8 Dabei kann es sich für uns nur um eine kurzfristige Zwischenlösung handeln. Grundsätzlich
9 fordern wir ein staatliches Rentensystem, das allen Menschen ein gutes Leben im Alter ermöglicht
10 und eine private Vorsorge überflüssig macht.

11

12 Begründung:

13 Seit Jahren werden die Bürger dazu aufgefordert, privat fürs Alter vorzusorgen, um die
14 Versorgungslücke durch das sinkende Rentenniveau zu schließen oder zumindest zu verkleinern.
15 Besonders betroffen davon sind Bezieher*innen von Arbeitslosengeld II.

16 Die ARGE darf nicht auf die Riesterverträge der Leistungsbezieher*innen zugreifen. Wenn die
17 Leistungsbezieher*innen jedoch Grundsicherung brauchen, weil die Rente nicht reicht, wird die
18 Riester-Rente auf die Grundsicherung angerechnet. Das bedeutet, dass die Verträge, in die
19 jahrelang eingezahlt wurde und die staatlich gefördert werden, wirkungslos verpuffen, weil sich die
20 Grundsicherung um den Betrag der monatlich gezahlten Riester-Rente reduziert.

21 Gerade im Hinblick auf die Diskussion um Altersarmut und vor dem Hintergrund der im
22 Koalitionsvertrag vereinbarten Grundrente muss die Anrechnung privater Altersvorsorge auf die
23 Grundsicherung im Alter abgeschafft werden!

24

25 X Angenommen

1 AdressatInnen: SPD-Bundestagsfraktion

2

3 **Sozialbehörden müssen wieder in gesetzliche Rente einzahlen!**

4

5 Wir fordern, dass die Sozialbehörden (ARGE, Sozialreferate) gesetzlich verpflichtet werden, für
6 ihre Leistungsbezieher*innen wieder in die gesetzliche Rente einzuzahlen, so wie es bis
7 31.12.2010 der Fall war.

8

9 Begründung:

10 Bis 31.12.2010 wurden von den Sozialbehörden Pflichtbeiträge für die Leistungsbezieher*innen in
11 die gesetzliche Rente eingezahlt. Seit 01.01.2011 prüft die Rentenversicherung nur noch, ob die
12 Zeiten des Bezugs von Sozialleistungen als Anrechnungszeiten berücksichtigt werden können.
13 Dies ist ein unhaltbarer Zustand. Sowohl bei der Rente mit 63 als auch bei der im Koalitionsvertrag
14 vereinbarten Grundrente werden die Beitragsjahre als wesentliche Grundlage zur Berechtigung
15 herangezogen. Auch im Falle des Antrags auf Erwerbsminderungsrente müssen mindestens 60
16 Monate Beiträge eingezahlt worden sein.
17 Bezieher von Arbeitslosengeld II oder Grundsicherung haben seit dem 01.01.2011 gar nicht mehr
18 die Chance, diese Kriterien zu erfüllen, wenn nicht auch während des Leistungsbezugs durch die
19 Sozialbehörden in die gesetzliche Rente eingezahlt wird.
20 Auch und gerade im Hinblick auf Altersarmut wäre dies ein wichtiger Schritt, da es sich hier um die
21 finanziell Schwächsten der Gesellschaft handelt.

22

23 X Angenommen

1 AdressatInnen: Bundestagsfraktion

2

3 **Mehr Transparenz im Gesundheitswesen**

4

5 Wir fordern eine gesetzlich geregelte Transparenz in der Pharmaindustrie in Deutschland durch
6 Offenlegung von Zahlungen an LeistungserbringerInnen des Gesundheitssektors (z.B. Ärztinnen
7 und Ärzte, Krankenhäuser, usw.). Sowohl Name des Unternehmens, Höhe der Zuwendung, der
8 Verwendungszweck als auch der Kontext der Zahlung müssen erfasst und niederschwellig
9 zugänglich gemacht werden, um Vertrauen durch Transparenz zu ermöglichen.

10

11 Begründung:

12 Die ohnehin steigenden Kosten im Gesundheitswesen werden in einer alternden Gesellschaft in
13 den kommenden Jahren weiter zunehmen, weshalb eine faire Preisbildung und eine unabhängige,
14 patientenorientierte Medizin die obersten Gebote bleiben müssen. Zahlungen der Pharmaindustrie
15 an LeistungserbringerInnen im Gesundheitswesen können gerechtfertigt sein, müssen aber in
16 jedem Fall offengelegt werden und für jeden Bürger und jede Bürgerin zentral einsehbar sein,
17 ähnlich der Veröffentlichung in den USA im Rahmen des Sunshine Acts
18 (<https://openpaymentsdata.cms.gov/>). Der momentanen freiwilligen Offenlegung des FSA
19 (Freiwillige Selbstkontrolle der Arzneimittelindustrie e.V.) folgt lediglich ein Teil der
20 Pharmabranche. Darüber hinaus werden nur mit Zustimmung des Leistungsempfängers/der
21 Leistungsempfängerin die Daten nichtanonymisiert herausgegeben. Ehrliche
22 LeistungserbringerInnen werden damit in den Fokus gerückt und an den Pranger gestellt.
23 Dementsprechend niedrig und abnehmend ist die Resonanz (vgl.
24 <https://correctiv.org/recherchen/euros-fuer-aerzte/artikel/2016/07/14/seid-umschlungen-millionen/>;
25 aufgerufen am 27.03.2018).
26 Nur eine komplette Offenlegung aller Zahlungen bekämpft und beugt Korruption im
27 Gesundheitswesen dauerhaft vor.

28

29 X Angenommen

1 AdressatInnen: SPD-Stadtratsfraktion, SPD-Landtagsfraktion

2

3 **S-Bahn auf den Nordring bringen!**

4

5 Wir fordern die schnellstmögliche Umsetzung der SPNV-Ertüchtigung des Münchner Nordrings.
6 Im Moment (Stand Frühjahr 2018) läuft eine Machbarkeitsstudie der Deutschen Bahn AG zur
7 SPNV-Ertüchtigung des Nordrings. Wir appellieren an alle daran beteiligten politischen Gremien,
8 diese zu unterstützen und nachdrücklich auf die baldige Realisierung des Projekts hinzuwirken.
9 Dabei ist besonders auf einen anwohner*innenfreundlichen Ausbau zu achten. Darunter fällt vor
10 allem ein umfassender Lärmschutz, sowie ausreichende, günstig gelegene Haltestelle (Bsp.
11 Knorrstraße, Freimann-Süd, Euro-Industrie-Park, Englischer Garten Nord usw.) sowie eine direkte
12 Anbindung an die Nachbargemeinden Dachau und Karlsfeld.

13

14 Begründung:

15 Ein zügiger Anschluss des Münchner Nordrings an das Münchner S-Bahn-System würde nicht nur
16 den Münchner Norden als Gewerbe- und Wohngebiet aufwerten, sondern auch das Pendeln aus
17 den Nachbargemeinden erleichtern. Hieraus ergäbe sich auch eine signifikante Entlastung für den
18 Innenstadt- und Ost-West-Verkehr sowie die Ringstraßen, insbesondere den Mittleren, Föhringer
19 und Frankfurter Ring.

20 Der Ausbau ist die einzig konsequente ökonomische wie ökologische Reaktion auf den erhöhten
21 Pendlerverkehr im Münchner Norden. Der Nahverkehr muss mit den rasanten ökonomischen
22 Entwicklungen der letzten Jahre (Standorte von Microsoft, Amazon, Google, BMW, TUM usw.)
23 Schritt halten. Die ökologischen Vorteile liegen auf der Hand.

24 Darüber hinaus wäre der Ausbau Teil einer weitsichtigen Planung mit Blick auf die
25 Entwicklungsgebiete Nord und Nordost (siehe Anhang) und sichert somit eine langfristige und
26 nachhaltige Entwicklung des gesamten Stadtgebiets.

27

28 X Angenommen

1 AdressatInnen: SPD-Stadtratsfraktion, SPD-Landtagsfraktion

3 **Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität**

5 Wir fordern folgende Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität:

- 6 • Vergrößerung der Umweltzone
- 7 • Weiterentwicklung der Stellplatzsatzung zur Reduzierung von Stellplätzen in Neubaugebieten
- 8 Gleichstellung der Kraftstoffsteuern und somit ein Ende der steuerlichen Bevorzugung des
- 9 Dieselkraftstoffs
- 10 • Änderung der Berechnung des KFZ Energielabels, absolute Emissionen pro gefahrenem
- 11 Kilometer ohne Einbeziehung des Gewichts
- 12 • Das Kraftfahrt-Bundesamt soll die europäischen CO₂ Grenzwerte für die Flotten von
- 13 Automobilherstellern kontrollieren und notfalls die Erstzulassung beschränken
- 14 • Hardware Nachrüstungspflicht von Diesel Katalysatoren auf Kosten der Hersteller
- 15 • Abschaffung der Dienstwagenprivilegien
- 16 • Förderung für Unternehmen zum Aufbau von Ladestellen für E-Bikes
- 17 • Ausbau des Radwegnetzes
- 18 • Einführung einer blauen Plakette
- 19 • Ausbau des Expressbusnetzes
- 20 • Schaffung der nötigen Bus-Infrastruktur, d.h. Busbeschleunigungsmaßnahmen LZA, Bus-
- 21 Kaps, Busspuren
- 22 • Beschleunigtes Genehmigungsverfahren für neue Buslinien durch verbindliche Leitlinien für
- 23 Politik + Verwaltung (z.B. bei Wegfall von Parkplätzen zugunsten ÖPNV)
- 24 • Ausbau von Tram-Tangenten zur Entlastung des ÖPNV im Innenstadtbereich
- 25 • Massiver Ausbau der ÖPNV-Anbindung Stadt-Umland
- 26 • Umsetzung von Fußwegskonzepten, z.B. 10-Minuten-Stadt
- 27 • Bereitstellung finanzieller und personeller Mittel für die Sanierung des bestehenden ÖPNV-
- 28 Netzes
- 29 • Ersatz der Betrauungslinien Bus durch LHM durch Ridesharing-/Rufmobil-Angebot
- 30 • Ausweitung Ridesharing Angebot auf Gebiete mit fehlendem / schwachen ÖPNV-Angebot

32 Begründung:

33 Für eine bessere Luft in München, auch außerhalb des mittleren Rings, fordern wir eine
34 Vergrößerung der Umweltzone. Dabei vergrößert sich zeitgleich auch die Zone für die Analyse der
35 Luftqualität, was zu einer realistischeren Abbildung dieser im gesamten Stadtgebiet führt.

36 Darüber hinaus fordern wir das die Stellplatzordnung geändert wird, um Neubaugebiete mit weniger
37 Parkplätzen realisieren zu können. Dabei kann die so gewonnene Fläche anderweitig genutzt
38 werden, so könnte sie zum Beispiel für Grünflächen genutzt werden um die Lebensqualität zu
39 erhöhen. Die Fläche könnte auch genutzt werden um dringend benötigte Wohnungen zu bauen.

40 Wir fordern ein Ende der steuerlichen Bevorzugung des Dieselkraftstoffs und damit die
41 Gleichstellung der verschiedenen Kraftstoffarten, da die manipulierten Diesel gezeigt haben, dass
42 es keine „sauberen“ Diesel gibt. Damit ist der steuerliche Vorteil des Diesels gegenüber des Benzins
43 unbegründet. Die Mehreinnahmen könnten dafür genutzt werden CO₂ neutralen Verkehr und den
44 ÖPNV zu fördern.

45 Die Berechnung des KFZ Energielabels soll dahingehend geändert werden, dass nur noch die
46 Emissionen pro gefahrenem Kilometer in die Berechnung einfließen. Die Miteinbeziehung des
47 Gewichts soll abgeschafft werden, da dadurch der Blick auf die Emissionen verzerrt wird und dem
48 Verbraucher vorgetäuscht wird, dass große und schwere Fahrzeuge sparsam und umweltfreundlich
49 sind.

50 Die ab 2021 geltenden CO₂ Emissionsgrenzen bezüglich des Flottenverbrauchs eines Herstellers
51 sollen vom Kraftfahrt-Bundesamt kontrolliert werden. Wenn ein Hersteller diese Grenzen
52 überschreitet soll dem Kraftfahrt-Bundesamt ermöglicht werden die Erstzulassung für Fahrzeuge
53 des Herstellers zu begrenzen. Werden diese Grenzwerte eingehalten, halten wir es für sinnvoll diese
54 als nächsten Schritt für jedes einzelne Fahrzeug zu fordern.

55 Die Hardware Nachrüstung der Euro 5 und 6 Diesel mit einem Katalysator um den NO_x Ausstoß zu
56 reduzieren halten wir für notwendig, um die Luftqualität zu verbessern. Die reine Nachbesserung per
57 Software Update halten wir für nicht ausreichend. Die Kosten der Hardware Nachrüstung sollte dabei

- 1 von den Herstellern getragen werden, da die erhöhten NO_x Emissionen einen Mangel darstellen und
2 für die Beseitigung von Mängel der Hersteller zuständig ist.
3 Wir fordern zudem die Abschaffung der steuerlichen Privilegierung der Dienstfahrzeuge, da diese
4 kontraproduktiv zur Stärkung des ÖPNV ist.
5 Als letzten Punkt fordern wir eine Förderung für Unternehmen, die es Mitarbeitern erlauben die
6 Akkus von ihren E-Bikes auf zu laden und dies Kunden ermöglichen. Dadurch erhoffen wir uns einen
7 vermehrten Umstieg vom Auto aufs Fahrrad und somit eine deutliche Reduzierung der
8 ausgestoßenen Emissionen.
9
10 X Angenommen

1 AdressatInnen: SPD-Stadtratsfraktion, SPD-Landtagsfraktion, SPD-Bundestagsfraktion

2

3 **Städtischer Fonds zur Bezahlung der ärztlichen Behandlung** 4 **von ausländischen Wohnungslosen**

5

6 Wir fordern die Stadt München auf, das bestehende Pilotprojekt, der die Behandlung - nach
7 ärztlicher Indikationsstellung - von ausländischen Wohnungslosen und von Wohnungslosigkeit
8 Bedrohten ohne Versicherungsschutz über das in §23 Absatz 3 SGB XII beschriebene Maß zu
9 evaluieren. Hierunter fallen insbesondere präventive und diagnostische Maßnahmen und die
10 wirksame Behandlung chronischer Erkrankungen, um langwierige und/oder ressourcenintensive
11 Krankenhausaufenthalte zu vermeiden.

12

13 Begründung:

14 Wohnungslose leiden häufig an einem schlechten Gesundheitszustand und haben ein - im
15 Vergleich zur Allgemeinbevölkerung - 3- bis 4-mal erhöhtes Risiko vorzeitig zu versterben. Das
16 Spektrum der Erkrankungen ist breit (u.a. Herz-Kreislauf-, Atemwegs- und infektiöse Krankheiten).
17 Zudem haben mindestens 75 % der Wohnungslosen eine behandlungsbedürftige psychiatrische
18 Störung. Es bestehen vielfältige Barrieren für Wohnungslose, an der medizinischen
19 Regelversorgung teilzunehmen, wobei der häufigste Grund ein nicht vorhandener
20 Versicherungsstatus ist. Aber auch Scham, Angst und fehlendes Vertrauen können einen
21 Arztbesuch verhindern oder verzögern.

22 Ausländische Wohnungslose ohne Aufenthaltstitel und Versicherungsschutz des Heimatlandes
23 haben nach §23 Absatz 3 SGB XII nur ein Recht auf „die zur Behandlung akuter Erkrankungen
24 und Schmerzzustände erforderliche ärztliche und zahnärztliche Behandlung ...“. Die effektive und
25 kosteneffiziente Behandlung chronischer Erkrankungen (wie z.B. eines Diabetes mellitus) und
26 deren Folgeerscheinungen wird hierüber nicht abgebildet. Auch fallen diagnostische Maßnahmen,
27 um frühzeitig behandlungsbedürftige Gesundheitszustände wie eine bösartige Tumorerkrankung
28 zu erkennen (z.B. eine Computertomographie oder eine Darmspiegelung), nicht unter die
29 Vorgaben des §23 Absatz 3 SGB XII.

30 Wenngleich die Behandlung von Wohnungslosen eine Herausforderung bei der Einhaltung der
31 Therapieziele (Adhärenz) darstellen mag, ist die kosteneinsparende Wirkung von präventiven
32 Maßnahmen hinlänglich bekannt. Eine unbürokratische Finanzierungsmöglichkeit von präventiven,
33 diagnostischen oder Langzeitbehandlungsmaßnahmen unter ärztlicher Indikationsstellung mittels
34 eines städtischen Fonds kann daher zu Einsparungen bei der Behandlung von ausländischen
35 Wohnungslosen führen.

36

37 X Angenommen

1 AdressatInnen: SPD-Unterbezirksvorstand

2

3 **Digitaler und individuell zugeschnittener SPD-Kalender**

4

5 Wir fordern einen digitalen Kalender für SPD- und Juso-Mitglieder, der alle Veranstaltungen der
6 Untergliederungen und Arbeitsgemeinschaften, die das einzelne Mitglied betreffen, übersichtlich
7 visualisiert.

8

9 Begründung:

10 Durch die Fülle an E-Mails, die man als Mitglied bekommt, ist es – gerade als Neumitglied –
11 schwer einen Überblick über anstehende SPD-Termine zu bekommen. Es gibt zwar durchaus E-
12 Mails, die einen auf Veranstaltungen hinweisen, diese werden aber teilweise parallel von
13 verschiedenen Untergliederungen und/oder Arbeitsgemeinschaften verschickt: So weist einen der
14 Ortsverein auf Ortsvereinsveranstaltungen, der Unterbezirk auf Unterbezirksveranstaltungen, und der
15 Juso-Unterbezirk auf Juso-Unterbezirksveranstaltungen, etc., hin. Dies führt zu einer fehlenden
16 Übersichtlichkeit von anstehenden Terminen. Durch einen digitalen Kalender, der auf das einzelne
17 Mitglied spezifisch zugeschnitten ist, lässt sich das beheben. So soll dieses Tool berücksichtigen,
18 in welchen Untergliederungen/Arbeitsgemeinschaften ein Mitglied tätig ist und dann die Termine
19 dieser Untergliederungen in einem Kalender visualisiert darstellen.

20 Diese Anwendung lässt sich in bestehende Portale, wie zum Beispiel den Web-O-Maten der
21 BayernSPD, einbauen.

22

23 Wir halten diesen Kalender für einen simplen, aber - gerade für Neumitglieder - sehr hilfreichen
24 Beitrag zu #spderneuern.

25

26 X Angenommen

1 AdressatInnen: SPD-Stadtratsfraktion

2

3 **Bestehende Infrastruktur den Münchner umfassender zur**
4 **Verfügung stellen: Mehr Frühschwimmen in München**

5

6 Die Münchner Schwimmbäder sollen früher öffnen – mindestens ab 6:30 Uhr.

7

8 Begründung:

9 München wächst. Unsere großartigen, öffentlichen Einrichtungen können nicht beliebig
10 mitwachsen. Der Neubau von Bädern/Hallenbädern ist teuer und scheitert in der Stadt auch am
11 Platzmangel. Die Münchner Hallenbäder öffnen (mit Ausnahme der Olympiaschwimmhalle) derzeit
12 von 7:30-23:00.

13 Gerade morgens stauen sich bereits vor der Öffnung der Türen die Münchner Berufstätigen, die
14 gerne vor der Arbeit Sport machen. Ein typischer Morgen z.B. am Südbad: die Schlange füllt sich
15 ab 7:15, die Türen öffnen um 7:30, die Schwimmer laufen zu den Umkleidekabinen, weiter zum
16 Wasser – es wird geschwommen, ab 8:10 verlassen die ersten in ähnlicher Hetze die Becken. Im
17 Becken selbst ist Hochbetrieb. Im Gespräch mit den Badegästen hört man immer wieder: Ein
18 Schwimmstart um 7:30 macht es zudem schwer, vor 9:00 in der jeweiligen Arbeit zu sein. Für viele
19 ist das bereits zu spät.

20 Eine frühere Öffnung erhöht die Kapazität ohne zusätzliche Baukosten und bei nur geringer
21 Erhöhung der Betriebskosten. Mehr Münchnerinnen und Münchner können die städtische
22 Infrastruktur nutzen und etwas für ihre Gesundheit tun.

23

24 X Angenommen

1 AdressatInnen: SPD-Bundesparteitag

2

3 **SPD braucht geschichtswissenschaftlichen Sachverstand, um**
4 **sich zu erneuern – Historische Kommission wieder einsetzen!**

5

6 Nach den Wahlniederlagen der vergangenen Jahre will und muss sich die SPD erneuern. Der
7 entsprechende Prozess wurde durch die Gremien der Partei auf den Weg gebracht und hat
8 begonnen. Hierbei geht es darum, das sozialdemokratische Profil zu schärfen und das Vertrauen
9 der Bürger*innen wieder zu gewinnen. In dieser Reformphase wurde im Juli 2018 von
10 verschiedenen Medien vermeldet, dass die Historische Kommission beim SPD-Parteivorstand
11 abgeschafft worden sei. Als Grund hierfür wurde eine Ersparnis von 20.000 Euro im Jahr
12 angeführt. Statt Historiker*innen soll fortan der Bundesschatzmeister Dietmar Niethan – ein
13 studierter Biologe – den Parteivorstand in geschichtlichen Fragen beraten. Diese Entscheidung ist
14 kurzsichtig und unverständlich. Die finanzielle Ersparnis ist gering, der Schaden für das kulturelle
15 Gedächtnis der Partei hingegen kaum abzuschätzen.

16

17 Die SPD als älteste deutsche Partei sollte sich – gerade im Prozess der Erneuerung – ihrer
18 historischen Wurzeln und Ziele bewusst sein, diese pflegen und aus deren Kenntnis ihr Profil
19 schärfen. Die Historische Kommission beim SPD-Parteivorstand könnte hierzu einen wichtigen
20 Beitrag leisten. Zudem würden sie dabei helfen, das historische Bewusstsein in der Partei zu
21 stärken.

22

23 Wir beantragen daher:

24 Der SPD-Bundesparteivorstand setzt wieder eine Historische Kommission ein. Diese besteht aus
25 einem Kreis ausgewiesener Expert*innen, die zur Geschichte der Arbeiterbewegung
26 beziehungsweise der Sozialdemokratie geforscht haben. Die Historische Kommission berät den
27 Parteivorstand in allen geschichtlichen sowie grundsätzlich-programmatischen Fragen und bringt
28 sich mit ihrem Sachverstand in den Prozess der Parteierneuerung ein. Sie ist dazu aufgerufen,
29 mittels öffentlicher Veranstaltungen und Veröffentlichungen das historische Bewusstsein in der
30 SPD sowie die Kenntnis der geschichtlichen Wurzeln unserer Partei zu stärken und weitere
31 Forschungen zur Parteigeschichte zu fördern.

32

33 X Angenommen

1 AdressatInnen: Unterbezirksvorstand

2

3 **Parteirat**

4

5 Die Sitzungen des Parteirats finden parteiöffentlich statt. Alle Mitglieder der SPD München werden
6 auf Sitzungen des Parteirats hingewiesen, es wird ihnen ermöglicht, den Sitzungen zu folgen. Die
7 Sitzungsprotokolle werden allen Mitgliedern zugänglich gemacht.

8

9 Begründung:

10 Die Erneuerung der Partei muss auch in den Parteistrukturen an der Basis stattfinden. Tagt der
11 Parteirat aber im Geheimen unter Ausschluss der Parteiöffentlichkeit, konterkariert dies die erklärte
12 Absicht, die Kommunikationsstrukturen weiterzuentwickeln, durchlässiger zu machen und den
13 Kommunikationsfluss in sämtliche Richtungen zuzulassen. Es muss jedem Parteimitglied möglich
14 sein, sich über Beschlüsse der Partei zu informieren und an der zugrundeliegenden Willensbildung
15 teilzuhaben. Es widerspricht der Idee einer solidarischen und gleichen Gemeinschaft, hierarchisch
16 geschlossene Räume zu schaffen und aufrecht zu erhalten, die dem einen Parteimitglied
17 Information und Teilhabe zugestehen und dem anderen vorenthalten.

18

19 Das Interesse unserer Mitglieder an innerparteilicher Information sollte gewürdigt werden, denn
20 Partizipation erweitert das Potenzial und erhöht die Motivation.

21

22 X Angenommen

1 AdressatInnen: Unterbezirksvorstand

2

3 **Arbeit der AKs und AGs**

4

5 Die Arbeitskreise und Arbeitsgemeinschaften legen spätestens mit dem Antragsbuch vor
6 jedem Jahresparteitag einen Bericht über ihre Arbeit inkl. eines Entwurfs für ihre
7 weiteren Vorhaben vor. Die Berichte werden allen Mitgliedern zugänglich gemacht. Auf dem
8 Jahresparteitag findet eine Aussprache zur Arbeit der AKs und AGs statt.

9

10 Begründung:

11 Um allen Parteimitgliedern einen besseren Einblick in die Arbeit der Gliederungen der Partei
12 zu geben, werden die Ergebnisse der einzelnen AKs und AGs auf dem Unterbezirksparteitag
13 vorgestellt. Gleichzeitig wird ein grober Entwurf der geplanten Tätigkeiten der AKs und AGs
14 für das nächste Jahr, mindestens jedoch für das nächste halbe Jahr vorgestellt. Hierbei
15 handelt es sich nicht um einen Rechenschaftsbericht, vielmehr soll den AKs und AGs eine
16 zusätzliche Möglichkeit gegeben werden, um ihre Arbeit vorzustellen, für die Beteiligung an
17 selbiger unter den Mitglieder

18

19 X Angenommen

1 AdressatInnen: Unterbezirksvorstand

2

3 **Einrichtung eines digitalen Antragstools**

4

5 Einführung eines webbasierten Antragstools, dass die Stellung und Verfolgung von Anträgen
6 ermöglicht.

7

8 Begründung:

9 Das Antragstool soll die Antragstellung erleichtern. Es soll die Einheitlichkeit von Antragstellungen
10 gewährleisten und eine Nachverfolgung von Anträgen über die verschiedenen
11 Entscheidungsebenen hinweg ermöglichen.

12

13 X Angenommen

1 AdressatInnen: Unterbezirksvorstand

2

3 **Protokoll der Ortsvereinssitzungen**

4

5 Der OV-Vorstand informiert seine Mitglieder über die Ergebnisse der vorangegangenen Sitzung im
6 Anhang an die nächste Einladung.

7

8 Begründung:

9 Alle Mitglieder sollen auch dann über die Arbeit ihres OV fortlaufend informiert sein, wenn sie
10 selbst nicht an dessen Sitzungen teilnehmen können.

11

12 X Angenommen

1 AdressatInnen: SPD-Landtagsfraktion

2

3 **Vergütung Personal Ganztagsbetreuung**

4

5 Kurzfristig fordern wir die Vergütung des in der Ganztagsbetreuung in Schulen eingesetzten,
6 externen Personals gemäß den jeweils beschriebenen Anforderungen und der eingebrachten
7 Qualifikation, sowie des entsprechenden Stundenumfanges der Tätigkeit nach TVöD (Erzieher).

8 Mittelfristig fordern wir die allgemeine Einführung des Ganztageszugs an allen staatlichen
9 bayerischen Schulen, ausgestattet mit qualifiziertem Personal.

10

11 Begründung:

12 Entsprechend eines Auszuges aus der Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für
13 Unterricht und Kultus, Gebundene Ganztagsangebote an Schulen, vom 8. Juli 2013 Az.: III.5-5 O
14 4207-6a.70 200 „...hat der Schulträger dafür Sorge zu tragen, dass das in den gebundenen
15 Ganztagsklassen eingesetzte Personal die Gewähr für einen angemessenen Umgang mit den
16 Schülerinnen und Schülern bietet und über die persönliche Eignung sowie die für das jeweilige
17 Bildungs- und Betreuungsangebot erforderliche pädagogische und fachliche Kompetenz
18 verfügt...“. Wenn Personen unter dieser Maßgabe eingestellt werden, da Schulleitung und
19 Schulträger nach dem jeweiligen pädagogischen Konzept über die Anforderungen an die
20 Qualifikation des eingesetzten Personals entscheiden, sollen die unter diesen Bedingungen
21 eingestellten Personen auch entsprechend bezahlt werden. Eine diesen Qualitätsmaßstäben
22 entsprechende Vertragsgestaltung und Vergütung ist überfällig.

23

24 X Angenommen

1 AdressatInnen: SPD-Stadtratsfraktion

2

3 **Obstbäume in öffentlichen Parks**

4

5 Die Stadtratsfraktion möge sich für die verstärkte Anpflanzung von Obstbäumen bzw. die
6 Einrichtung von Streuobstwiesen in Münchner Parks einsetzen.

7

8 Begründung:

9 Streuobstwiesen tragen wesentlich zum Erhalt der Artenvielfalt bei, schützen aber auch vor
10 Bodenerosion, extremen Temperaturen und hohen Windgeschwindigkeiten. Ihre positive Wirkung
11 auf das Ökosystem wird gemeinhin völlig unterschätzt. Zudem stellen sie ein geeignetes Mittel dar,
12 um das ökologische Bewusstsein der Bürger zu fördern, da sie die Herkunft und Entstehung
13 unserer Lebensmittel wortwörtlich "greifbar" machen.

14 Aus den genannten Gründen hat die Stadt bereits im Landschaftspark Riem, am neu gestalteten
15 Josephsplatz und auch im Siegerentwurf zum Landschaftspark Freiam Nord Streuobstwiesen
16 eingeplant. Es sollten aber nicht nur in neuen Grünanlagen Streuobstwiesen eingerichtet werden,
17 sondern auch in bestehenden Parks. Der Ausbau von Streuobstwiesen soll dazu beitragen,
18 Münchens Charakter Münchens als Weltstadt mit Herz zu bewahren und das ökologische Profil
19 der Münchener SPD zu stärken.

20

21 X Angenommen

1 AdressatInnen: SPD-Stadtratsfraktion

2

3 **Projekt Essbare Stadt**

4

5 Das in München kommunal geförderte, erfolgreiche Projekt „Essbare Stadt“ soll ausgebaut und
6 weitere Flächen bereitgestellt werden.

7

8 Begründung:

9 In München wird die „Essbare Stadt“ bereits seit Jahren kommunal gefördert und von Vereinen
10 und bürgerschaftlichem Engagement getragen. Das Interesse der Bürgerinnen und Bürger ist
11 groß, die Projekte werden erfolgreich umgesetzt.

12

13 X Angenommen

1 AdressatInnen: SPD-Bundestagsfraktion

2

3 **Warnung vor Nanopartikeln und Mikroplastik in Kosmetika und**
4 **Körperpflegeprodukten und Einführung einer gesetzlichen**
5 **Kennzeichnungspflicht**

6

7 Aufnahme einer Aufklärungs-Kampagne über Nanopartikel und Mikroplastik in Kosmetika und
8 Körperpflegeprodukten. Es muss eine deutsche gesetzliche Kennzeichnungspflicht über die
9 europäischen Verordnungen hinaus eingeführt werden, wenn Produkte Nanopartikel, gleich
10 welcher chemischen Zusammensetzung, bzw. Mikroplastik enthalten.

11

12 Begründung:

13 Zahlreiche Körperpflegeprodukte und Kosmetika enthalten Nanopartikel bzw. Mikroplastik, obwohl
14 dies nicht nötig ist, wie Naturkosmetika zeigen. Nanopartikel gelangen über die Haut in den
15 Organismus des Menschen und können dort gefährliche Immunreaktionen hervorrufen. Über das
16 Abwasser gelangen Nanopartikel und Mikroplastik zudem in den Biokreislauf, gefährden die Tier-
17 und Pflanzenwelt und letztendlich die menschliche Gesundheit. Viele Bürger wissen nicht, dass
18 Körperpflegeprodukte und Kosmetika Nanopartikel und/oder Mikroplastik enthalten, weshalb
19 einerseits eine Kampagne zur Aufklärung durchgeführt werden soll und andererseits der Inhalt von
20 Nanopartikeln bzw. Mikroplastik auf Körperpflegeprodukten und Kosmetika gekennzeichnet
21 werden soll.

22

23 X Angenommen

1 AdressatInnen: SPD-Bundestagsfraktion

2

3 **Verbot von Nanopartikeln und Mikroplastik in Kosmetik und**
4 **Körperpflegeprodukten**

5

6 Der Einsatz von Nanopartikel und Mikroplastik in Kosmetika und Körperpflegeprodukten ist zu
7 verbieten.

8

9 Begründung:

10 Zahlreiche Körperpflegeprodukte und Kosmetika enthalten Nanopartikel bzw. Mikroplastik, obwohl
11 dies nicht nötig ist, wie Naturkosmetika zeigen. Nanopartikel gelangen über die Haut in den
12 Organismus des Menschen und können dort gefährliche Immunreaktionen hervorrufen. Über das
13 Abwasser gelangen Nanopartikel und Mikroplastik zudem in den Biokreislauf, gefährden die Tier-
14 und Pflanzenwelt und letztendlich die menschliche Gesundheit.

15

16 X Angenommen

1 AdressatInnen: SPD-Stadtratsfraktion

2

3 **Bepflanzung von öffentlichen Grünflächen und Gebäuden**

4

5 Bei der Bepflanzung von öffentlichen Grünflächen und Gebäuden (insb. Balkone und Dachflächen)
6 sind ökologische Kriterien vorrangig zu berücksichtigen.

7

8 Begründung:

9 Die Art der Bepflanzung von Grünflächen und Gebäuden hat unmittelbare Auswirkungen auf Bio-
10 Diversität, Luftqualität und das lokale Mikroklima. Leider steht die derzeitige Bepflanzung von
11 öffentlichen Flächen dem ökologisch Wünschenswertesten oft entgegen und trägt damit
12 beispielsweise zum Bienensterben bei.

13

14 X Angenommen

1 AdressatInnen: SPD-Stadtratsfraktion

2

3 **Erhalt der kulturellen Diversität**

4

5 Die SPD-Fraktion möge im Stadtrat Maßnahmen zum Erhalt der kulturellen Diversität vorschlagen
6 bzw. unterstützen.

7

8 Begründung:

9 Ein lebendiges, dynamisches und vielfältiges Nachtleben ist wesentlicher Bestandteil des
10 Münchener Lebensgefühls. Es ist allerdings darauf zu achten, dass dieses auch künftig allen
11 sozialen Gruppen zugänglich und die betroffenen Anwohner nicht übermäßig belästigt.
12 Deshalb ist sicherzustellen, dass (1) alle Bevölkerungsgruppen über ausreichende
13 Teilnahme und Entfaltungsmöglichkeiten verfügen und (2) die legitimen Interessen von
14 Anwohnern nach Ruhe, Sauberkeit und Ordnung angemessen berücksichtigt werden.
15 Steigende Mietpreise, die Knappheit von Raum und die Gentrifizierung ganzer Stadtteile
16 wirken sich zunehmend negativ auf das nächtliche Kultur- und Unterhaltungsangebot aus:
17 Alteingesessene Lokale und Veranstaltungsorte werden in ihren Nutzungsmöglichkeiten
18 eingeschränkt oder verdrängt, alternative und kostenfreie Kunst- und Kulturangebote
19 verschwinden aus dem Stadtbild, Räume für einfaches Zusammensein und unkonventionelle
20 Lebensgestaltung werden zunehmend rar. Gleichzeitig steigt die Zahl an kommerzialisierten
21 Angeboten insbesondere im erweiterten Innenstadtbereich stark an, womit sich einerseits
22 eine zunehmende Belastung der betroffenen Anwohner durch Lärm, Verschmutzung und
23 erhöhtes Verkehrsaufkommen ergibt und es andererseits für Bürger mit geringem
24 Einkommen immer schwieriger wird, am Nachtleben teilzunehmen.

25

26 Den negativen Entwicklungen möge u.a. entgegengewirkt werden durch die

- 27 • Einsetzung eines Nachtbürgermeisters, der sich um einen fairen Interessenausgleich
- 28 • zwischen Betreibern/Veranstaltern, Besuchern und Anwohnern kümmert;
- 29 • Förderung von Kulturzentren ohne Konsum-Zwang und frei nutzbaren Begegnungs-,
- 30 • Veranstaltungs-, Proben- und Atelierräumen;
- 31 • Verbesserung der kulturellen Entfaltungsmöglichkeiten auf städtischen Flächen;
- 32 • Erleichterung/Unterstützung von Zwischennutzungen;
- 33 • Förderung von Maßnahmen zum Schallschutz;
- 34 • Nutzung des Erhaltungsrechts zur Einschränkung von Lärmbeschwerden bei
- 35 • gewohntem Betrieb von bestehenden Gast- und Kulturstätten.

36

37 X Angenommen

1 AdressatInnen: SPD-Stadtratsfraktion

2

3 **Münchner Modellprojekt zu Medizinalhanf**

4

5 Die Landeshauptstadt München entwickelt ein Modellprojekt zu Medizinalhanf und ermöglicht
6 damit die Versorgung von PatientInnen mit Medizinalhanf auf Rezept, wie es seit kurzem in Art. 31
7 Abs. 6 SGB V grundsätzlich ermöglicht ist.

8

9 Die Landeshauptstadt München hat mit ihrer stadteigenen Gärtnerei sehr gute infrastrukturelle
10 Grundlagen um diese Folgen zu beheben und ein Modellprojekt zu initiieren: Medizinalhanf könnte
11 unter reinraum Bedingungen sowie unter flexibel nach Bedarf anpassbarer Menge unter Aufsicht
12 und rechtssicheren Bedingungen produziert werden. Die Erteilung einer Genehmigung könnte
13 durch einen Antrag der LHM beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM)
14 erwirkt werden und im Anschluss an interessierte Münchner Apotheken sowie ggf. auch durch eine
15 eigene Abgabestelle ausgegeben werden.

16

17 Begründung:

18 Seit knapp einem Jahr ist das Verschreiben von cannabisbasierten Medikamenten in Deutschland
19 erlaubt. Seitdem hat sich die Lage für Menschen, die auf diese Medikation angewiesen sind,
20 jedoch nur geringfügig verbessert. Zum einen herrscht bei Mediziner*innen teilweise
21 Rechtsunsicherheit, zum anderen sind die notwendigen Medikamente in Deutschland, also auch in
22 München, nicht lieferbar.

23

24 Dies liegt daran, dass cannabisbasierten Medikamente ausschließlich außerhalb Deutschlands
25 angebaut werden und es infolge dessen häufig zu Lieferengpässen kommt. Zudem gibt es in
26 München keine Apotheke, bei der alle cannabisbasierten Medikamente angeboten werden. Das
27 bedeutet, dass selbst nach dem Erhalt eines Rezeptes, Erkrankte nur schwer an das medizinisch
28 verordnete Medizinalhanf gelangen. Die Folge ist eine über die Erkrankung hinaus gehende
29 psychische Belastung und die Nichtbehandlung von Schmerzen, die das Führen des normalen
30 Alltags erheblich erschweren.

31

32 X Angenommen

1 AdressatInnen: SPD-Bundestagsfraktion

2

3 **Zügiger Ausstieg aus der Kohle**

4

5 Aufgrund des fortschreitenden Klimawandels muss der Ausstieg aus der Kohle zügig erfolgen. Die
6 Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass

- 7 • die Braunkohleförderung und –verstromung bis 2030 beendet wird.
- 8 • mindestens 7 GW (ca. 10 Blöcke) bis 2020 stillgelegt werden.
- 9 • dies sozialverträglich unter Einbeziehung der Gewerkschaften erfolgt.

10

11 Parallel muss der Ausbau der Erneuerbaren vorangetrieben werden. Die Bundestagsfraktion wird
12 aufgefordert sich dafür einzusetzen

- 13 • die Ausschreibungsmengen entsprechend zu vergrößern.
- 14 • die engen baurechtlichen Beschränkungen maßvoll zu lockern.

15

16 Begründung:

17 Da etwa 30% der deutschen CO₂-Emissionen aus der Kohleverstromung stammen, ist
18 einleuchtend, dass – um die deutschen Klimaziele zu erreichen – vorrangig in diesem Bereich
19 Anstrengungen zu unternehmen sind.

20

21 Die in der momentan arbeitenden Kohlekommission beteiligten Personen werden natürlich bereits
22 während des Prozesses beeinflusst. Insofern ist es ratsam, auch hier nicht passiv zu sein, sondern
23 vor allem da zu wirken, wo der größte Einfluss besteht. Namentlich ist dies Genosse Vassiliadis,
24 Vorsitzender der IG BCE. Es ist für die Antragsteller nicht nachvollziehbar, dass man hier nicht
25 darauf hinwirkt bzw. hinwirken kann oder will, eine tragfähige Lösung, d.h. eine sozialverträgliche
26 Umstrukturierung der betroffenen Gebiete, gemeinsam mit der Gewerkschaft zu erarbeiten.
27 Stattdessen lässt man es zu, dass Genosse Vassiliadis und die IG BCE Stimmung für den
28 Fortbestand der Braunkohleförderung (und –verstromung) machen (Demo „Wir sind laut für unsere
29 Jobs“, 24.10.18, Bergheim).

30

31 Den Fortschritt zu gestalten, bedeutet Strukturwandlungen sozial umzusetzen. Die im
32 Koalitionsvertrag vereinbarten 1,5 Mrd. € für Strukturänderungen in den Braunkohlegebieten sind
33 eine gute Grundlage diese gut und sozial zu gestalten. Das Festhalten an schädlichen und
34 überholten Technologien hilft den Betroffenen nur kurzfristig. Hierbei ist es möglich den
35 Wandlungsprozess in der Lausitz etwas mäßiger und langfristiger zu gestalten, wenn man ihn im
36 Rheinischen Revier zügig angeht.

37 Als Beispiel für einen zusammen mit der IG Bergbau erfolgreich umgesetzten Strukturwandel zeigt
38 Penzberg in Oberbayern, dass solche Wandlungsprozesse durchaus erfolgreich verlaufen können.

39

40 Unterstützend wirken in diesem Prozess die bereits bestehenden, aber aus wirtschaftlichen
41 Gründen momentan nicht betriebenen Gaskraftwerke, die Engpässe auffangen können.

42

43 X Angenommen

1 AdressatInnen: SPD-Stadtratsfraktion

2

3 **Busspuren zügig umsetzen**

4

5 Die Stadtratsfraktion wird aufgefordert für eine deutlich schnellere Realisierung der
6 Busbeschleunigungen zu sorgen.

7

8 Begründung

9 Der Stadtrat hat einen ersten größeren Anlauf zur Busbeschleunigung beschlossen. Es ist eine der
10 billigsten Maßnahmen, den öffentlichen Verkehr zeitnah schneller und effizienter zu machen.

11 Die Initiative der Stadtratsfraktion und der Beschluss sind ein positiver Schritt.

12

13 Allerdings ist das Tempo verbesserbar und die Vorgehensweise nicht gerade von Dynamik
14 gezeichnet. Bei linearer Extrapolation der Umsetzungsgeschwindigkeit des Jahres 2019 würde es
15 über 8 Jahre dauern (von 72 Projekten 9 bis Ende 2019; siehe RIS München), bis alle Maßnahmen
16 lediglich beschlossen wären. Danach sind noch bis zu 2,5 Jahre vorgesehen, um sie „möglichst
17 zeitnah“ zu realisieren.

18 Nicht nur die Busse, sondern auch die Maßnahmen zu ihrer Beschleunigung müssen beschleunigt
19 werden. Deshalb ist u.a. zu überprüfen, ob jede Einzelmaßnahme nochmals im Stadtrat behandelt
20 wird. Es ist ratsam, nur die zwischen Bezirksausschüssen und Verwaltung bzw. MVG strittigen
21 Punkte noch einmal im Stadtrat zu behandeln.

22

23 X Angenommen

1 AdressatInnen:
2

3 **Neues Grundsatzprogramm der SPD**

4

5 Der Unterbezirksparteitag möge ein neues Grundsatzprogramm der SPD voranbringen.
6

7 Begründung:

8 Das letzte Grundsatzprogramm der SPD ist das Hamburger Programm aus dem Jahre 2007. Eine
9 Welt, die im immer schnelleren Wandel ist, bedarf auch Parteien, die sich an diesen Wandel
10 anpassen und diesen verkörpern. Diesem Umstand kann durch ein neues Grundsatzprogramm
11 Rechnung getragen werden.
12

13 Wichtige Fragen wie z. B. Digitalisierung und deren Konsequenzen auf dem Arbeitsmarkt,
14 Globalisierung und deren Steuerung durch die Politik, Vereinbarkeit zwischen nachhaltiger,
15 ökologischer Politik und sozialverträglichem Strukturwandel, die Angriffe der Demokratie durch
16 autoritäre und z. T. demokratiefeindliche Tendenzen innerhalb der EU aber auch innerhalb
17 Deutschlands, sind durch das Hamburger Programm nicht ausreichend behandelt und
18 beschrieben. Aber auch Fragen zu unseren früheren politischen Entscheidungen sind nicht
19 abschließend diskutiert worden, wie z. B. unser Umgang mit der Agenda 2010 und den Hartz-
20 Reformen.
21

22 Daher fordern wir ein neues Grundsatzprogramm für die SPD.
23

24 X Angenommen

1 AdressatInnen: SPD-Bundestagsfraktion

2

3 **Stopp von Rüstungslieferungen nach Saudi-Arabien**

4

5 Die SPD-Bundestagsfraktion möge für einen sofortigen Stopp von Rüstungslieferungen nach
6 Saudi-Arabien stimmen.

7

8 Begründung:

9 Im Koalitionsvertrag wurde vereinbart, dass keine Ausfuhren von Waffen an Länder genehmigt
10 werden, die direkt am Jemen-Krieg beteiligt sind (Seite 149, Zeile 7040 ff.). Saudi-Arabien ist direkt
11 am Jemen-Krieg beteiligt. Allein dieser Umstand ist Grund genug, keine Rüstungsgüter an Saudi-
12 Arabien zu liefern. Die direkte Beteiligung Saudi-Arabiens am Jemen-Krieg, die nach wie vor
13 bestehende Blockade des Nachbarlands Katar, der Konflikt mit Iran, sowie der Wahhabismus – die
14 quasi staatliche Auslegung des Islams in Saudi-Arabien und Grundlage für Strömungen wie
15 Salafismus und islamistischsten Extremismus bis hin zum islamistischen Terrorismus – sind auch
16 kein Anzeichen, dass Saudi-Arabien der viel zitierte „Stabilitätsanker“ in der Region ist.

17 Die letzten Entwicklungen im Zusammenhang mit der Ermordung des saudi-arabischen
18 Journalisten Jamal Khashoggi verstärken die Zweifel, dass es unproblematisch ist, Rüstungsgüter
19 an Saudi-Arabien zu liefern. Es ist auch durchaus schwierig, Saudi-Arabien in der derzeitigen
20 Situation als verlässlicher Partner der Bundesrepublik Deutschland zu bezeichnen, auch da die
21 offizielle Version der Regierung Saudi-Arabiens, wie Khashoggi ums Leben gekommen ist,
22 mehrfach geändert wurde.

23 Wir möchten auch noch einmal daran erinnern, dass die EU und auch Deutschland Frankreich
24 dazu gedrängt hat, im Zuge der Krim-Krise bzw. der Lage in der Ostukraine 2014 bereits
25 versprochene Mistral-Helikopterträger nicht an Russland auszuliefern. Dies war für Frankreich
26 auch ein Milliardenrisiko.

27 Einen sofortigen Stopp von deutschen Rüstungsgütern an Saudi-Arabien halten wir deshalb für
28 unausweichlich, auch um unserer Glaubwürdigkeit nicht zu schaden – oder zumindest die
29 Glaubwürdigkeit der SPD zu bewahren.

30 Die entgangenen Einnahmen oder eventuelle Vertragsstrafen für deutsche Rüstungsunternehmen
31 können dabei durchaus von der Bundesregierung aufgefangen und ausgeglichen werden, da die
32 Unternehmen zum Zeitpunkt der Vertragsschlüsse mit einer derartigen Entwicklung nicht haben
33 rechnen können.

34

35 X Angenommen

1 AdressatInnen:
2

3 **Wahl der/des Bundesvorsitzenden durch Urwahl**

4

5 Der Unterbezirksparteitag möge sich auf Landes- und Bundesebene dafür einsetzen, dass die/der
6 Bundesvorsitzende durch Urwahl gewählt wird.
7

8 Begründung:

9 Die Parteiführung ist nicht nur für die Führung der Partei verantwortlich, sie ist auch – ob gewollt
10 oder nicht – das meistgesehene Bild der Partei nach außen. Eine herausragende Rolle nimmt
11 dabei selbstverständlich die/der Parteivorsitzende ein.
12

13 Wir haben in Bayern Erfahrungen mit einer Urwahl gesammelt, erst letztes Jahr wurde unsere
14 Landesvorsitzende durch einen solchen Prozess bestimmt. Dabei haben wir auch gezeigt, dass
15 man das Verfahren durchaus konform mit unserer Satzung bzw. dem deutschen Parteigesetz
16 (Vorsitzende müssen auf Parteitag gewählt werden) gestalten kann.
17

18 X Angenommen

1 AdressatInnen: SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

2

3 **Gemeinwohl vor Profitstreben – Für einen anderen Umgang mit** 4 **Grund und Boden**

5

6 Mieten und Grundstückspreise in den deutschen Ballungszentren steigen so rasant, dass
7 Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen zunehmend aus den Städten verdrängt werden
8 und vielerorts auch Gewerbetreibende, Freiberufler* innen und soziale Einrichtungen keine
9 Perspektive für ihre Arbeit mehr haben. Dieser Verdrängungsdruck führt zu einer Atmosphäre der
10 sozialen Unsicherheit, in der viele Menschen Angst haben, ihr Zuhause und damit ihre Heimat zu
11 verlieren. Er hat außerdem zur Folge, dass die wirtschaftlichen Unterschiede zwischen Arm und
12 Reich immer stärker auch räumlich zementiert werden und der Spaltung der Gesellschaft so
13 Vorschub geleistet wird.

14

15 Der Grund für diese Entwicklung liegt zum Teil darin, dass immer mehr Menschen in die Städte
16 ziehen und die Nachfrage an nutzbarem Boden dadurch steigt. Gleichzeitig haben sich Grund und
17 Boden aber auch zu einem weltweit nachgefragten Anlageobjekt entwickelt. Grundstücke werden
18 gehandelt wie Gold oder Aktien. Das führt zu spekulativen Übertreibungen der Baulandpreise und
19 dazu, dass sowohl Neubauvorhaben als auch der Altbestand allzu oft nicht zur Versorgung der
20 breiten Bevölkerung mit Wohnraum genutzt wird, sondern auf Luxus oder Gewerbeprojekte
21 ausgerichtet ist, die die exorbitanten Renditeerwartungen von Finanzinvestor*innen befriedigen
22 können.

23

24 Nach dem gleichen Prinzip konzentrieren sich außerhalb der Städte Agrarflächen als Anlagegüter
25 in der Hand von Konzernen und Kapitalfonds, die damit spekulieren und die Preise für Wald,
26 Ackerland und Weideflächen ins Unermessliche steigern. Wir wollen diese Entwicklung nicht weiter
27 hinnehmen und fordern eine grundlegende Wende hin zu einer verantwortungsvollen,
28 solidarischen Bodenpolitik, die darauf gerichtet ist, dass Grund und Boden in Stadt und Land zum
29 Wohle aller Menschen genutzt werden!

30

31 Im Zentrum einer solchen Bodenpolitik muss dabei der Gedanke stehen, dass Boden keine
32 beliebige Ware ist, sondern eine Grundvoraussetzung menschlicher Existenz darstellt. Boden ist
33 unvermehrbar und unverzichtbar. Er darf daher nicht dem unübersehbaren Spiel der Marktkräfte
34 und dem Belieben des Einzelnen überlassen werden, sondern muss mehr noch als alle anderen
35 Vermögensgüter in den Dienst der Interessen der Allgemeinheit gestellt werden. Die
36 Wertschätzung des knappen und unentbehrlichen Gutes Boden darf sich nicht länger in
37 spekulativen Gewinnerwartungen ausdrücken, sondern sollte vielmehr im Sinne einer nachhaltigen
38 und gemeinwohlorientierten Bewirtschaftung erfolgen, die den Boden als wesentliche Grundlage
39 der Daseinsvorsorge sowohl für die heutige Bevölkerung als auch für die kommenden
40 Generationen reflektiert. Insofern ist die Forderung nach einer Wende in der Bodenpolitik auch die
41 Aufforderung, einen Bewusstseinswandel zu vollziehen.

42

43 Aus dieser Grundüberzeugung folgen für uns vier politische Leitgedanken, an denen eine sozial
44 gerechte und nachhaltige Bodenpolitik zukünftig auszurichten ist:

45

46 Erstens: Rückkehr zu einer Politik der Bodenbevorratung durch die öffentliche Hand – Kaufen wir
47 uns das Land zurück!

48

49 In der Vergangenheit wurde Boden, der sich in staatlicher Hand befand, allzu oft meistbietend und
50 bedingungslos an Private verkauft. Diese Flächen fehlen dem Staat heute beim Bau von
51 öffentlichen Einrichtungen und bei der gemeinwohlorientierten Entwicklung von Gewerbe- und
52 Wohngebieten. Hier muss ein Umdenken stattfinden: Zunächst müssen Bund, Länder und
53 Kommunen wieder umfassend Boden erwerben, der in den Dienst einer langfristig ausgerichteten
54 Bodenentwicklungspolitik gestellt wird. Die Finanzierung erfolgt über die Vermögenssteuer,
55 Erbschaftssteuer oder eine kommunale Bodenwertzuwachssteuer. Dafür ist insbesondere das
56 Instrumentarium staatlicher Vorkaufsrechte weiterzuentwickeln. Davon unabhängig sind die schon
57 jetzt bestehenden rechtlichen Möglichkeiten voll auszuschöpfen. Das bedeutet insbesondere, dass
58 die Länder und Kommunen ihre Wohnungsbaugesellschaften der öffentlichen Hand konsequent

1 anweisen, bestehende Vorkaufsrechte zu nutzen und dies entweder durch Quersubventionierung
2 auf Ebene der Wohnungsbaugesellschaften oder durch Zuschüsse seitens von Land oder
3 Kommune zu finanzieren. Ergänzend müssen Länder und Kommunen aktiv auf
4 genossenschaftliche oder andere nicht-profitorientierte Bauträger zugehen, um mit ihnen
5 Finanzierungsmodelle ausarbeiten, die es erlauben, dass die öffentliche Hand ihr zustehende
6 Vorkaufsrechte auch zugunsten von privaten Genossenschaftsprojekten oder Non-Profit-
7 Bauvorhaben ausübt.

8
9 Außerdem darf Boden, der sich einmal in öffentlicher Hand befindet, Privaten nur noch auf Zeit und
10 zweckgebunden zur Verfügung gestellt werden. Dies kann beispielsweise durch Instrumente wie
11 das Erbbaurecht oder dinglich abgesicherte Wiederkaufsrechte zum Einstandspreis bewerkstelligt
12 werden. Der endgültige Verkauf von öffentlichem Grund und Boden muss auf allen politischen
13 Ebenen der Vergangenheit angehören. Bodenbevorratung ist Vermögensbildung im Dienst der
14 Allgemeinheit. Es ist Aufgabe der öffentlichen Hand, den Boden für die Allgemeinheit nutzbar zu
15 machen und nutzbar zu halten. Die Erfahrung zeigt zudem, dass sich der Erwerb von Grund und
16 Boden durch die öffentliche Hand mittelfristig auch finanziell lohnt.

17 18 19 Zweitens: Orientierung privater Bodennutzung am Gemeinwohl – Kontrolle zurückgewinnen!

20
21 Eine gemeinwohlorientierte Bodenpolitik muss nicht nur die Frage aufgreifen, wer wann zu
22 welchen Bedingungen über Boden verfügen kann, sondern auch die Art und Weise der Nutzung
23 des Bodens in den Blick nehmen. Besondere Bedeutung hat dabei Boden, der zu Wohnzwecken
24 und damit zur Befriedigung eines elementaren menschlichen Bedürfnisses genutzt wird. In den
25 Ballungsräumen muss die Bauplanung konsequent an dem Ziel ausgerichtet werden, Wohnraum
26 für niedrige und mittlere Einkommen zu schaffen und dauerhaft zu erhalten. Dabei ist
27 genossenschaftlichen oder anderen nicht-profitorientierten Bauvorhaben stets Vorrang vor
28 kommerziellen Projekten einzuräumen. Ferner muss Deutschland ein Mietpreisregulierungsrecht
29 erhalten, das dem Belang der sozialen Sicherheit deutliche Priorität gegenüber den
30 Renditeerwartungen der Eigentümer*in einräumt. Orientierungsmarke ist dabei das Prinzip der
31 Kostenmiete. Neben dem Wohnen ist die Sicherstellung einer Ernährungsgrundlage und
32 Versorgung mit natürlichen Ressourcen wie Holz eine andere, gleichermaßen existenzielle Art und
33 Weise der Bodennutzung. Vor diesem Hintergrund ist durch Änderungen des Baurechts darauf
34 hinzuwirken, dass die Bewirtschaftung von Agrar- und Forstflächen auf dem Land auf die
35 Bedürfnisse einer nachhaltigen Land- und Forstwirtschaft ausgerichtet wird.

36
37 Schließlich kann eine öffentliche Bodenbevorratung in städtischen Räumen, die mit wohnortnahen
38 Grünflächen unterversorgt sind, auch folgenden Vorteil bieten: Langfristig können diese Gebiete
39 wieder in Grünflächen umgewidmet und somit die Wohnverhältnisse der Allgemeinheit verbessert
40 werden. Zweckentfremdung von Boden – sei es in Form des spekulativen Brachliegens von
41 Baugrundstücken, der nichtlandwirtschaftlichen Nutzung von Agrarflächen, der Verwahrlosung des
42 Leerstands oder von Wohngebäuden oder des illegalen Hotelbetriebs – ist unter Ausnutzung und
43 Erweiterung des gesamten rechtlichen Instrumentariums von Bußgeldern bis hin zur staatlichen
44 Zwangsverwaltung entschieden zu bekämpfen.

45 46 Drittens: Kein Profit mit Spekulation – Abschöpfung von leistungslosen Bodenwertsteigerungen zu 47 Gunsten der Allgemeinheit!

48
49 Keine Eigentümer*in hat den Wert ihres Bodens vollständig allein geschaffen. Gerade in den
50 Ballungszentren beruht der Wert von Grundstücken ganz wesentlich auf Vorleistungen der
51 Allgemeinheit, die Infrastruktur wie U-Bahnen, Schulen, Theater, Museen und Parks sowie die
52 Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung durch Polizei und Justiz mit
53 Steuergeldern finanziert. Die bisher geltende Regelung, nach der Mieter*innen die Grundsteuer
54 der Hauseigentümer*innen über die umlegbaren Betriebskosten zu bezahlen haben, muss deshalb
55 durch eine Änderung der Betriebskostenverordnung beendet werden. Außerdem sind
56 Steigerungen des Bodenwertes, die ohne besonderen Arbeits- oder Kapitalaufwand der
57 Eigentümer*in entstehen, durch Besteuerung von der Allgemeinheit abzuschöpfen. Es gibt kein
58 Recht darauf, durch den Handel mit Boden Profite zu erzielen!

59

1 Viertens: Transparenz über Eigentumsverhältnisse – Wem gehören Boden?

2

3 Der Bodenmarkt ist intransparent. Wir müssen aber wissen, wie die Eigentumsverhältnisse
4 aussehen, um diese ändern können. Wir brauchen Transparenz in einem Markt, von dem unklar
5 ist, wie er strukturiert ist. Im europaweiten Vergleich gehören die Grundbuchämter in Deutschland
6 zu den verschlossensten. Wir wollen, dass jede*r die Eigentumsverhältnisse bei den
7 Grundbuchämtern erfragen kann und nicht nur die, die ein sogenanntes berechtigtes Interesse
8 haben. Dabei sollen nur die Eigentumsverhältnisse, aber nicht Vermögens- oder
9 Schuldverhältnisse eingesehen werden können; das soll weiterhin nur bei einem berechtigten
10 Interesse zulässig sein. Wir wollen auch, dass der Eintrag einer Briefkastenfirma durch
11 Informationen über die wahren Eigentümer*innen, den sogenannten wirtschaftlich Berechtigten,
12 begleitet wird und von allen Bürger*innen abgefragt werden kann.

13

14 X Angenommen

1 AdressatInnen: SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Regierungsmitglieder

2

3 **Ausstattung Kraftfahrzeuge**

4

5 Der SPD-UB München fordert die SPD-Abgeordneten im Bundestag sowie die
6 Regierungsmitglieder der SPD auf, sich einzusetzen, dass Kraftfahrzeuge ausgestattet werden mit:

- 7 • Geschwindigkeitsassistent (Einhaltung des angeordneten Tempolimits)
- 8 • Notbremsassistent/Auffahrassistent
- 9 • Überholassistent (Verhinderung eines Überholvorgangs, wenn der erforderliche
10 Seitenabstand zum Radverkehr fehlt)
- 11 • Abbiege-Assistent (Warnung vor Rechtsabbiegeunfällen mit Radfahrern im toten Winkel)
- 12 • Dooring-Assistent (kurzfristige Blockade des Türöffnens zum Schutz vor vorbeifahrenden
13 Radfahrern)

14

15 Begründung:

16 Mit der verbindlichen Einführung von automatischen Assistenzfunktionen kann die Sicherheit des
17 Radverkehrs verbessert werden. Der Koalitionsvertrag sieht bereits vor, Fahrerassistenzsysteme
18 wie nicht abschaltbare Notbremssysteme oder Abbiegeassistenten für LKWs und Busse
19 verbindlich vorzuschreiben und eine Nachrüstpflicht für LKW-Abstandswarnsysteme zu prüfen.
20 Hierbei dürfen wir nicht stehen bleiben, sondern sollten als SPD bereits weiter denken.

21

22 X Angenommen